



KRISEN-INFO

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

DIE REICHEN MÜSSEN ZAHLEN!



Hunderttausende Werk­tätige sind von ALG II bedroht. Jugendliche werden ihrer Zukunft beraubt, immer mehr Kinder und Alte leben in Armut. Für viele Menschen reicht es nicht mehr zum Nötigsten. Sie können zum Beispiel wegen Lohnausfällen durch Kurzarbeit Miete und Strom, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kultur nicht mehr bezahlen. Auch Menschen, die bisher zu den Gutverdienern gezählt wurden, geraten finanziell unter Druck.

Wir erleben eine der heftigsten Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte. Die Corona-Pandemie verstärkt die Krise und wird gleichzeitig genutzt, um die Lasten auf die Werk­tätigen abzuwälzen. Milliarden öffentlicher Gelder fließen in Rettungs­pakete für große Konzerne, die in ei-

nem Atemzug Profite einfahren, Gewinne an ihre Aktionäre auszahlen und gleichzeitig massenhaft Arbeitsplätze vernichten. Die Stahlindustrie droht mit dem Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, um Subventionen zu erpressen. Die Automobilindustrie lässt sich ihren Umbau von den Beschäftigten und Steuerzahlern finanzieren.

Klatschen zahlt keine Miete

Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, was die Beschäftigten im Kapitalismus wert sind. Diejenigen, die im Gesundheits- und Bildungswesen, im Öffentlichen Personennahverkehr und im Einzelhandel beklatscht wurden, werden schlecht bezahlt. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge fehlt es an Personal, dort steigen Arbeitszeiten und Stress.

Unterschreibt für die Kandidatur der DKP

Die DKP kandidiert in einer Zeit zur Bundestagswahl in der die Widersprüche im Kapitalismus und seine Grenzen immer offensichtlicher werden. Die Lasten der Wirtschaftskrise werden auf die Bevölkerung abgewälzt mit der Folge von Massenarmut. Konzerne machen Gewinne, Reiche werden reicher. Gleichzeitig fließen Milliarden in die Rüstung. Die Kriegsmobilisierung der NATO gegen Russland und China wird vorangetrieben.

Jetzt ist Widerstand nötiger denn je. Doch im Rahmen der Pandemiebekämpfung wurden demokratische Rechte wie das Versammlungs- und Demonstrationsrecht massiv eingeschränkt.

Der verordnete politische Lockdown trifft auch die Kandidatur der DKP zur Bundestagswahl. Damit sich die DKP an den Wahlen beteiligen kann, muss sie mehrere zehntausend Unterschriften sammeln. Das ist in diesem Ausnahmezustand kaum möglich.

Die DKP will gegen diese undemokratische Hürde klagen. Aber weil wir uns nicht auf Gerichte verlassen können, brauchen wir jetzt deine Unterschrift für unsere Kandidatur zur Bundestagswahl gegen das Abwälzen der Krisenlasten und für den Frieden! Formulare aller Landeslisten unter

dkp.de/wahlen

Arme Kinder werden abgehängt

Die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, Klinikschließungen und das Fallpauschalensystem gefährden die Gesundheit von Personal und Patienten. In den Schulen werden Kinder und Jugendliche aus armen Haushalten systematisch abgehängt, weil sich Lehrerinnen und Lehrer nicht ausreichend um sie kümmern können und es ihnen zum Beispiel an nötiger Technik für das Home-Schooling fehlt.

Neue Privatisierungswelle

Gleichzeitig wird die Corona-Pandemie genutzt, um noch stärker öffentliches Eigentum, zum Beispiel im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen zu privatisieren. Viele Kommunen sind durch Sparzwang und Schuldenbremse kaum noch handlungsfähig. In der Folge verschlechtern sich die Bedingungen für Beschäftigte massiv, während die Preise für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge steigen. Auch hier trifft es die Armen, nicht die Reichen. Sie müssen für die Krise zahlen!

Wir fordern:

- Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz; Für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Schluss mit der Privatisierung; Für die Überführung der gesamten Daseinsvorsorge in öffentliches Eigentum; Abschaffung der Schuldenbremse
- Keine Subventionen für Konzernkassen und Aktionäre – Vergesellschaftung ist die Alternative
- Für eine bedarfsgerechte Pflege und mehr Personal im Gesundheitswesen; Weg mit den Fallpauschalen
- Für mehr Lehrerinnen, Lehrer und Sozialarbeiter; Für kleinere Klassen – Weg mit dem selektiven Schulsystem
- Weg mit dem Hartz-IV-System; Für eine Rente, die ein Alter in Würde garantiert
- Verbot von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung; Verbot von Werkverträgen, wenn sie der Aushöhlung von Normalarbeitsverträgen dienen
- Für die Millionärssteuer!

die krise heißt

KAPITALISMUS

Die Krise begann nicht mit dem Virus, sie begann bereits im Herbst 2019. Wir erleben eine Krise des Kapitalismus, die den Eigentums- und Produktionsverhältnissen, der kapitalistischen Konkurrenz- und Profitlogik entspringt. Für Profite gehen Banken und Konzerne über Leichen. Sie vernichten unsere Arbeitsplätze und zerstören unsere Lebensverhältnisse. Für die Sicherung der Profite werden Kriege geführt, werden wir und andere Völker ausgebeutet.

Dieser Teufelskreis kann nur durch grundlegende Veränderungen, durch Veränderungen der Eigentums- und Produktionsverhältnisse durchbrochen werden. Das Gegenmodell zum krisenhaften Kapitalismus sind gesellschaftliche Planung und gesellschaftliches Eigentum.

Das Gegenmodell ist der Sozialismus.

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



**Wir schreiben dort
weiter, wo andere Medien
längst schweigen.**

Ich möchte gerne:

- Die UZ – Zeitung der DKP – sechs Wochen **gratis** Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Informationen über die DKP
- die DKP im Wahlkampf unterstützen

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

**Zurück an: DKP-Parteivorstand
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 15
E-Mail: info@unsere-zeit.de**

DKP 
Deutsche Kommunistische Partei **dkp.de**

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen